



Info Dienst Nr. 13 / 18.06.2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

nur noch 23 Prozent der Deutschen glauben, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung bis 2013 im Amt bleiben sollte. Dies ist das Ergebnis des ARD-Deutschlandtrends vom 15. Juni. Über 70 Prozent geben an, dass sie von der Arbeit der Bundesregierung enttäuscht seien und CDU/CSU und FDP nicht mehr zusammen passen würden.

Die andauernden Streitereien zwischen den Regierungsparteien, die vielen ungelösten Probleme und die Klientelpolitik auf Kosten von Familien und Arbeitslosen haben zu einer großen Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger geführt. Das ist jedoch mehr als eine parteipolitische Schwäche. Immer mehr Menschen zweifeln an der Problemlösungskompetenz der Politik. Die Mutlosigkeit, die ideologische Verblendung und die kleinkarierten persönlichen Streitereien von Schwarz-Gelb befeuern das Misstrauen in demokratische Institutionen und sind damit sehr ernst zu nehmen.

Das Sparpaket der Bundesregierung stößt ebenfalls auf immer heftigere Kritik. Eine einseitige Belastung der Mittelschicht und Arbeitslosen ist ungerecht und wird für keinen wirtschaftlichen Anreiz sorgen. Als SPD schlagen wir einen entschlossenen Subventionsabbau und höhere Steuern für Spitzenverdiener vor. Allein die Rücknahme der Steuergeschenke an Hoteliers brächten schon eine Milliarde pro Jahr. Es gibt zahlreiche Alternativen zum Sparpaket der Bundesregierung, diese setzt aber weiterhin auf Klientelpolitik.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Baustellen ohne Ende: Schwarz-Gelb stellt sich als regierungsunfähig heraus
2. Reform der Jobcenter beschlossen
3. Die Lasten der Krise gerecht verteilen – Spekulationen eindämmen und Internationale Finanztransaktionssteuer einführen
4. Im Blickpunkt

1. Baustellen ohne Ende: Schwarz-Gelb stellt sich als regierungsunfähig heraus

Die Bilanz der schwarz-gelben Bundesregierung ist ernüchternd.

Die Baustellen sind kaum noch zu überblicken:

Von der verkündeten **Steuerreform** mit angeblichen Entlastungen für die Mittelschicht und für kleine Einkommen ist nichts übrig geblieben. Guido Westerwelle, der keinen Koalitionsvertrag ohne massive Steuersenkungen unterschreiben wollte, steht mit leeren Händen da. Die jetzt angekündigten Einschnitte bei Arbeitslosen und Familien führen im Gegenteil dazu, dass viele Menschen noch weniger Geld übrig haben.

Es geht hier um fundamentale Fragen der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs. Das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) diagnostiziert in einer aktuellen Untersuchung die „Polarisierung der Einkommen“: „Die Einkommensgegensätze zwischen ärmeren und reicheren Haushalten nehmen in Deutschland zu. (...) Dieser Gegensatz wird von den Menschen nicht nur als besonders ungerecht empfunden, sondern er schürt auch die Verunsicherung der Mittelschicht.“ Diesen gesellschaftlichen Zukunftsfragen kann keine Partei mehr ausweichen.

Mit der **Kopfpauschale im Gesundheitssystem** ist Gesundheitsminister Rösler auch im dritten Anlauf innerhalb der Koalition gescheitert. Am Freitag dieser Woche beginnen nun neue Verhandlungen der Gesundheitspolitiker von Schwarz-Gelb. Die FDP bezeichnet dies als „Testfall“ für den Fortbestand der Koalition und sagt den Medien, sie sei in Alarmstimmung. Medienberichten zufolge soll die Deckelung des Zusatzbeitrages wegfallen. Das hieße: Steigende Abgaben für Millionen gesetzlich Versicherte. Arbeitgeber und privat Versicherte würden dagegen nicht belastet. Eine Kopfpauschale ohne jeden Sozialausgleich.

Die **Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken** sollte auf Drängen der Atomlobby beschleunigt werden. Unklar bleibt, wann und unter welchen Bedingungen die angekündigte neue Steuer für AKW-Betreiber kommt. Hinzu tritt die Unsicherheit, ob die Laufzeitverlängerung im Bundesrat durchzusetzen ist. Führende Vertreter der Koalitionsparteien spekulieren auf die Umgehung der Länderkammer und wollen einen Verfassungsbruch in Kauf nehmen.

Bei der **Abschaffung der Wehrpflicht**, die Verteidigungsminister Guttenberg vor der Haushaltsklausur der Bundesregierung überfallartig ins Gespräch brachte, hat Merkel einen weiteren Minister in den Nebel laufen lassen. Zuerst sagte sie, so gehe es nicht. Dann bezeichnete sie sich als Anhängerin der Wehrpflicht. Zuletzt hieß es von ihr, Denkverbote gebe es nicht. Die heftigste Blockade aber kam von der eigenen Fraktion. Guttenberg reagierte beleidigt, drohte mit Rücktritt. Tatsache ist: Die planlose Verkürzung des Wehrdienstes ist gerade im Gesetzgebungsverfahren, da wirft Guttenberg schon den nächsten Knallfrosch mit Medienecho. Die Experten sind entsetzt. Die Soldaten und Zivildienstleistungen werden permanent verunsichert.

Die größte Niederlage Merkels ist der am vergangenen Donnerstag zum dritten Mal gescheiterte **Bildungsgipfel** von Bund und Ländern. Die aufwändig inszenierte „Bildungsrepublik“ erweist sich als Pappkulisie für Imagezwecke. Bei der Ministerpräsidentenkonferenz ging es gar nicht um Konflikte zwischen SPD- und unionsgeführten Ländern. Die Länder haben die Bundesregierung einhellig aufgefordert, die Steuereinnahmen der Länder nicht zu schmälern und sie bei der Bildungsfinanzierung durch zusätzliche Umsatzsteueranteile zu unterstützen. Die Kanzlerin war nicht vorbereitet und lehnte ab. Ergebnis: 16 zu 0 gegen Merkel.

2. Reform der Jobcenter beschlossen

Nach monatelanger Blockade von CDU und CSU und nachdem Arbeitsministerin Ursula von der Leyen mit einem Gesetzentwurf, der die Auflösung der Job-Center vorsah, am Widerstand der Länder gescheitert ist, besteht großer Handlungsdruck, damit die ARGen (Arbeitsgemeinschaften) Rechtssicherheit bekommen und die Vermittlung von Arbeitslosen aus einer Hand gesichert bleibt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb mit der Regierungskoalition einen Kompromiss zur Absicherung der Job-Center verhandelt, der sehr nah an den ursprünglichen Forderungen der SPD liegt. Der Weg dahin war schwierig und nicht immer von Fairness auf Seiten der Regierung geprägt. Die 3.200 Stellen in den Job Centern, die 2010 planmäßig bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Entfristung anstanden, hatte Schwarz-Gelb entgegen der Verabredung mit der SPD-Fraktion im Dezember 2009 im Haushaltsausschuss gesperrt. Die Entfristung der 3.200 Stellen wurde nun vergangenen Mittwoch endlich im Haushaltsausschuss beschlossen. Damit

konnten die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) sowie zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende in dieser Woche in abschließender Lesung im Bundestag beschlossen werden.

In einem gemeinsamen Entschließungsantrag von SPD, CDU/CSU und FDP wird festgestellt:

- dass sich die gemeinsame Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch die der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit und die jeweils zuständigen kommunalen Trägern grundsätzlich bewährt hat. Die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen gewährleistet, dass die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aus einer Hand betreut werden und Leistungen aus einer Hand erhalten.
- dass die gemeinsame Durchführung daher als Regelfall fortgesetzt werden soll. Daneben sollen die bisher in einer Experimentierklausel im SGB II geregelten Zulassungen von einzelnen Kommunen zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung verstetigt und die Grundsicherung für Arbeitsuchende von einer begrenzten Anzahl von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf ihren Antrag und mit Zustimmung der obersten Landesbehörde auch künftig allein wahrgenommen werden können.

Den Gesetzentwurf von SPD, CDU/CSU und FDP finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/015/1701555.pdf>

3. Die Lasten der Krise gerecht verteilen – Spekulation eindämmen und Internationale Finanztransaktionssteuer einführen

Die Welt befindet sich in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren. Überall mussten Regierungen gigantische Summen in die internationalen Finanzmärkte pumpen und haben diese damit vor dem Kollaps bewahrt. Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer ist ein wichtiges, geeignetes und angemessenes Instrument, um den Teil der Finanzbranche an den Kosten zu beteiligen, bei dem die Spekulation die schlimmsten Blüten trieb. In Deutschland könnten so jährliche Einnahmen von 10 bis 20 Mrd. Euro erzielt werden. Geld, das wir brauchen, um die Kosten und Folgekosten der Finanzkrise zu tragen und die Lasten gerecht zu verteilen. Die Bundesregierung rechnet in ihrem Sparpaket von vergangener Woche mit über eine Bankenabgabe hinausgehenden Maßnahmen zur Beteiligung der Finanzbranche, allerdings ohne sie konkret zu benennen.

Die SPD-Bundestagsfraktion forderte mit einem Antrag die Bundesregierung in abschließender Lesung auf, konkret zu werden und alles zu unternehmen, um die europäischen Partner und die G20 (Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer) vom ökonomischen, ökologischen und wirtschaftlichen Nutzen einer internationalen Finanztransaktionssteuer zu überzeugen. Sollte die Finanztransaktionssteuer weder auf internationaler noch auf europäischer Ebene eingeführt werden können, brauchen wir nationale Schritte einer Besteuerung von Finanztransaktionen in Deutschland.

Mit einem weiteren Antrag, den der Bundestag diese Woche in abschließender Lesung beraten hat, forderte die SPD-Bundestagsfraktion eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und die Ergreifung präventiver Maßnahmen um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf Ebene der einzelnen Banken getroffen werden. Weiterhin wollen wir die konsequente Fortsetzung der Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Schließlich fordern wir, die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben sofort umzusetzen.

Die Anträge der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700527.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700526.pdf>

4. Im Blickpunkt

Namentliche Abstimmung über die Fortsetzung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

In dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestag wurden drei Auslandseinsätze der Bundeswehr durch namentliche Abstimmungen verlängert.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (**UNIFIL**) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1832 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 27. August 2008

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (**UNMIS**) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 24. März 2005 und Folgeresolutionen

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (**UNAMID**) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen

Die Anträge zu den Mandatsverlängerungen finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701905.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701902.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701901.pdf>

BAföG ausbauen – Chancengleichheit stärken

In dieser Woche wurde im Deutschen Bundestag der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „BAföG ausbauen und Chancengleichheit stärken“ in 2./3. Lesung abgelehnt. Wir wollen mehr jungen Leuten eine Förderung ermöglichen, die Leistungen anheben und neue Förderangebote für Familien mit mittlerem Einkommen. Wir fordern die Bundesregierung zu einer Erhöhung der Bedarfssätze um 3 Prozent sowie der Einkommensfreibeträge um 10 Prozent auf. Das BAföG muss fortentwickelt werden, z. B. durch die Einbeziehung von Teilzeitstudiengängen, die Anhebung des Vermögensfreibetrages, die Schließung der Förderlücke vom Bachelor- zum Masterstudium, die Verlängerung der Förderdauer, die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften, die Berücksichtigung der Pflege von Angehörigen bei der Förderdauer sowie besseren Berücksichtigung von Geschwistern in Ausbildung. Die Bedarfssätze und Freibeträge müssen an die Preisentwicklung gekoppelt werden.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700884.pdf>

Demokratische Teilhabe von Belegschaften und ihrer Vertreter an unternehmerischen Entscheidungen stärken

In Deutschland sorgen das Drittelbeteiligungsgesetz, das Mitbestimmungsgesetz und das Montanmitbestimmungsgesetz für eine demokratische Teilhabe der Belegschaft und ihrer Vertreter an unternehmerischen Entscheidungen. Eine Lehre aus der Krise muss die Weiterentwicklung und Stärkung der Mitbestimmung sein. Dazu gehört auch, die Mitbestimmung in zentralen unternehmerischen Entscheidungen zu erweitern. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung in dieser Sitzungswoche im Deutschen Bundestag aufgefordert, hierzu einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Dieser soll beinhalten, dass die Schwellenwerte für das Mitbestimmungsgesetz auf 1.000 Beschäftigte und für das Drittelbeteiligungsgesetz auf 250 Beschäftigte verringert werden.

Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele

Als sich im September 2000 in New York 189 Staats- und Regierungschefs mit der Unterzeichnung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen erstmals auf einen Katalog grundsätzlicher, verpflichtender Zielsetzungen für eine weltweite Entwicklungspolitik einigten, haben sie der Welt ein ehrgeiziges, aber erreichbares Versprechen gegeben. Die konkreten Ziele sollen, so wurde es vereinbart, bis zum Jahr 2015 erreicht werden. Als SPD-Bundestagsfraktion

forderten wir in dieser Sitzungswoche die Bundesregierung auf, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen. Das entspricht den internationalen Vereinbarungen zu der sogenannten ODA-Quote. Mit zahlreichen weiteren Forderungen wollen wir dazu beitragen, dass Deutschland alles versucht, um die Millenniumsziele tatsächlich zu erreichen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/020/1702018.pdf>

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften

Seit August 2001 bieten Eingetragene Lebenspartnerschaften gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit, ihrer Partnerschaft einen gesicherten Rechtsrahmen zu geben. Eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sind Eheleuten jedoch bis heute nicht in allen Bereichen gleichgestellt. Die ungleiche Behandlung betrifft vor allem die Bereiche der Adoption von Kindern, das Steuerrecht wie auch den öffentlichen Dienst. Mit einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eingetragene Lebenspartnerschaften in allen Bereichen mit der Ehe gleichstellt und bestehende Benachteiligungen abschafft.

Verbraucherinformationsgesetz zügig reformieren

Transparenz und Verbraucherinformation sind eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Weil in den Verhandlungen über das Verbraucherinformationsgesetz 2006 schnell deutlich wurde, dass CDU und CSU einer umfassenden Öffnung der Behördenakten nicht zustimmen würden, hatte die SPD eine Evaluierung des Gesetzes durchgesetzt. Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion fordert nun ein Bündel an Gesetzesänderungen, um eine bessere Information der Verbraucher zu gewährleisten. Vor allem sollen Behörden verpflichtet werden, aktiv zu informieren und Untersuchungsergebnisse von sich aus zu veröffentlichen. Mittelfristig sollen Informationsfreiheitsgesetz, Umweltinformationsgesetz und Verbraucherinformationsgesetz in einem konsistenten Rahmen zusammengeführt werden.

Stärkung der Jugendfreiwilligendienste – Platzangebot ausbauen, Qualität erhöhen, Rechtssicherheit schaffen

Bürgerschaftliches Engagement und eine solidarische Bürgergesellschaft sind unverzichtbar für eine lebendige und widerstandsfähige Demokratie. Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Freiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion enthält Forderungen zur Stärkung der bei jungen Menschen beliebten Jugendfreiwilligendienste, die zum bürgerschaftlichen Engagement gehören und Bildungscharakter haben.